

Wolfram Meyerhöfer

Der Landtagssitz in Potsdam: Neubau oder Stadtschlossnachbau?

„Das liberale Staatsbürgerethos verlangt von beiden Seiten die reflexive Vergewisserung von Grenzen sowohl des Glaubens wie des Wissens.“ [Habermas 2005, Cicero 10, S. 30]

Dieser Text stellt den Versuch dar, die Argumente rund um einen Landtagssitz am Potsdamer Alten Markt zu bündeln und auszuloten. Ich versammle dazu die Argumente für einen Schlossnachbau, die in den letzten Jahren die Debatten in der Öffentlichkeit und im Beirat „Potsdamer Mitte“, dessen Mitglied ich für die Wählergemeinschaft „Die Andere“ bin, bestimmt haben. Ich bin durch diese Argumente zunehmend irritiert worden, weil sie sich in ihrer Fokussierung auf einen Schlossnachbau als oberflächlich erwiesen haben. In der Auseinandersetzung mit diesen Argumenten bin ich zu der Position gelangt, dass ein Parlamentssitz am Alten Markt ein Neubau außerhalb des Stadtschlossgrundrisses sein sollte.

Ich ziehe natürlich in Erwägung, dass ich mich irre. Die Argumente gegen einen Stadtschlossnachbau wiegen aber so schwer, dass eine Nachbauvariante nicht politisch vorgegeben werden kann, sondern sich in einen architektonischen Wettbewerb mit Lösungen außerhalb des Stadtschlossgrundrisses begeben muss.

In die folgenden Betrachtungen gehen finanzielle Erwägungen nur zweitrangig ein. Es ist aber offensichtlich, dass ein Neubau auf dem Alten Markt *außerhalb* des Stadtschlossgrundrisses in der Errichtung preiswerter, den Landtagsfunktionen angepasster und in seinem Betrieb ökologischer und ökonomischer als ein Schlossnachbau ist. Zusätzlich ist die Erschließung des Baugrundstückes bisher mit 35 Millionen Euro¹ veranschlagt, für die die Kommune Potsdam verantwortlich zeichnet. Trotz jahrelanger Vorplanungen stellte sich allerdings im November 2005 heraus, dass weitere grob geschätzte 10 Millionen Euro notwendig sind, weil eine separate Straßenbahnbrücke für die geplante Straßenverschwenkung nötig ist. Die nunmehr geplanten 45 Millionen Euro entsprechen der Hälfte des bislang erarbeiteten Schuldstands der Stadt Potsdam.

Wolfram Meyerhöfer

Diskussionsstand Dezember 2006
Dr. Wolfram Meyerhöfer
meyerhof@math.uni-potsdam.de

¹ Kleine Anfrage 05/SVV/365

Inhalt:

1. Wo Könige saßen, hat das Parlament einen würdigen Ort.
2. Die vorhandene Stadtstruktur erzwingt die Schlosskubatur.
3. Es handelt sich nicht um ein Plagiat, sondern um ein Original.
4. Es handelt sich nicht um ein Plagiat, sondern um einen Neubau.
5. Ein moderner Bau kann sich im derzeitigen politischen Umfeld nicht durchsetzen.
6. Eine Schlosskopie ist immer noch besser als ein moderner Zweckbau aus Glas, Stahl und Beton.
7. Im Schloss sind 40% für öffentliche Nutzung vorgesehen.
8. Die historische Stadtstruktur – als Produkt genialer Stadtplanung - muss wieder hergestellt werden.
9. Die historische Stadtstruktur ist ganzheitlich geplant und muss in ihrer Gänze dem Original möglichst angenähert werden.
10. Die DDR konnte den Stadtraum nie füllen.
11. Das Fachhochschulgebäude ist hässlich und muss weg.
12. Der Nachbau der Stadtschlosskubatur folgt einer Logik der Zerstörung der materialen Spuren des Sozialismus.
13. Das Stadtschloss als Ort des Toleranzedikts muss als identitätstiftendes Gebäude wiedererrichtet werden.
14. Sponsoren wollen den Schlossnachbau.
15. Der Standort benötigt eine Neuordnung der Verkehrsflächen
16. Der Nachbau des Stadtschlossgrundrisses erzwingt neue Straßen und lenkt Verkehr zwingend durch Wohngebiete.

1. Wo Könige saßen, hat das Parlament einen würdigen Ort.

Dieses Argument ist mit einer merkwürdigen Ignoranz gegenüber den monarchistischen Implikationen eines Schlossnachbaus behaftet: Wenn das Stadtschloss noch stünde, wäre der Einzug des Parlaments ein Akt des Bruchs mit der Monarchie: Wo früher der König als Souverän saß, saßen nun die Vertreter des Volkes, also des neuen Souveräns.

Das Schloss steht aber nicht mehr. Ein Nachbau erzeugt also keinen Bruch. Stattdessen wird ein monarchistischer Bau kopiert, um ihn dann demokratisch zu füllen – eine absurde Logik. Sie ist gesellschaftlich problematisch, weil der Landtag mit seinem Sitz auch sein Selbstverständnis baut: Er setzt sich mit seinen Ansprüchen an seinen Arbeitsort auseinander. Da geht es nicht nur um moderne Büro- und Sitzungskultur, um ökologische Ansprüche und brauchbare Bibliotheken. Hier wird auch in eine bauliche Form gebracht, was „demokratische Praxis“ ganz konkret und greifbar sein soll. Das sind nicht nur die immer wieder diskutierten Cafeterien als Kommunikationsorte, das sind auch leichte Zugänglichkeit, interessante Wechsel von Transparenz und Intransparenz und die Verzahnung von politischer Praxis mit vielen anderen Praxen.

Die Nachbaulogik ist auch baulich problematisch: Es erscheint wenig sinnvoll, die baulichen Ansprüche eines Landtages in die Kubatur von Sälen und Kammern, in die bauliche Funktionalität von fürstlichen Schlafzimmern und Gesindeküchen zu zwingen. Auf diese Weise gibt die Fassadenstruktur Nutzungsverteilungen vor, statt dass Form und Inhalt zusammen laufen: Die historische Fassade erzwingt mehrere Meter hohe Raumhöhen. Das ist nicht nur teuer, sondern lässt auch nur bestimmte Nutzungen auf der Fassadenseite zu. An der Innenseite des Gebäudes wird man alle anderen Funktionen konzentrieren, z.B. die Büros. Zwischen beiden Bereichen erzwingt man einen Strukturbruch, und die Funktionalität wird der Fassade untergeordnet.

2. Die vorhandene Stadtstruktur erzwingt die Schlosskubatur.

Dieses Argument wird von einigen Architekten im Beirat Potsdamer Mitte vertreten – von anderen Architekten hingegen bestritten. Wir wissen: Potsdam hat sich strukturell vom Schloss ausgehend und damit räumlich auch zum Schloss hingehend entwickelt. Wenn man den Bezugspunkt der baulichen Entwicklung einer Stadt wegnimmt, entsteht natürlich eine Lücke, die man ja auch sieht und spürt. Daraus lässt sich aber nicht folgern, dass alle diese Bezüge genau so wieder aufgenommen werden müssen, wie sie mal waren. Es leuchtet eher ein, die mittlerweile entstandene Stadtstruktur zum Ausgangspunkt einer offenen architektonischen Interpretation dieses Ortes zu machen. Wenn sich dabei die Schlosskubatur als beste Variante erweist, dann haben wir den interessanten Fall, dass das Historische das auch für die Zukunft Optimale ist.

Das wäre allerdings überraschend: Denkt man den Ort vom Jetzt aus, dann

- sind mit dem Fachhochschulgebäude und dem Hotel Mercure zwei Gebäude vorhanden, die den Stadtraum in nachvollziehbarer und legitimer Weise mitbestimmen. Ihr Abriss wird mit geschmäckerlichen Hinweisen (siehe unten) betrieben, ästhetische, soziologische oder stadträumliche Argumente werden dazu nicht vorgebracht. Ein Landtagsneubau muss ihr Vorhandensein berücksichtigen, mit der Stadtschlosskubatur ist das kaum vereinbar.
- hat das zwanzigste Jahrhundert mit seinen verkehrlichen Segnungen und Problemen auch Potsdam ereilt. Das einundzwanzigste Jahrhundert nähert sich dem menschlichen Maß wieder etwas an, aber die für die Schlosskubatur notwendige Verschwenkung der Verkehrswege schafft eine verkehrlich wie stadträumlich katastrophale Situation an diesem zentralen Ort. Eine Lösung, die das Jetzt weiter denkt, legt eine elegante Lösung nahe, bei der die Friedrich-Ebert-Straße wieder ein angenehmer Stadtraum mit wenig Verkehr wird und bei der die Breite Straße schmaler wird, ohne dem Mercure auf die Pelle zu rücken.

Potsdam ist zu einem Teil als Gesamtensemble geplant worden, wobei Symmetrien, Verhältnisse des Goldenen Schnitts, harmonische pythagoräische Zahlverhältnisse u.ä. in den architektonischen Prozess eingeflossen sind. Respekt vor dem Historischen bedeutet nun nicht, die dabei gefundenen Raummaße zu kopieren. Respekt vor dem Historischen kann bedeuten, die harmonischen Methoden aufzunehmen und auf die Deutung des jetzigen Stadtraumes anzuwenden. Respekt vor dem Historischen kann aber auch bedeuten, genau dieses Harmonische zu verlassen und sich in ein spannungsreiches architektonisches Zwiegespräch mit dem Historischen zu begeben.

3. Es handelt sich nicht um ein Plagiat, sondern um ein Original.

Dieses Argument bezieht sich darauf, dass noch Originalteile des Schlosses existieren, welche in den Nachbau integriert werden sollen.

Bereits zu DDR-Zeiten gab es Überlegungen, erhaltene Originalteile in einen Neubau zu integrieren, so wie z.B. der Berliner Schlossbalkon, von dem Karl Liebknecht die Republik ausgerufen hatte, in das Staatsratsgebäude integriert wurde. Das mag ein interessanter Gedanke sein, der aber nicht für einen Schlossnachbau spricht. Auch wenn man den vorhandenen Stadtraum architektonisch ausdeutet, kann man historische Originalteile in einen Neubau integrieren. Der Einbau in die Fassade ist hier nur eine Variante von vielen. Ich hielte es z.B. für viel spannender, die Reste des vorhandenen Bodendenkmals mit einer „Glasplatte“ abzudecken und vom neuen Gebäude aus sichtbar zu machen oder sie begehbare zu machen. Ich würde gern Blumen kaufen, Kaffee trinken und Musik hören mit Blick auf das Denkmal direkt unter mir.

Mir scheint unmittelbar einsichtig, dass es sich beim äußerlichen Schlossnachbau um ein Plagiat handelt. So zeigt auch der Wunsch, an diesem Ort und für den Zweck des Landtages keinen reinen „Zweckbau“ zu haben, das Bedürfnis nach *mehr* als reiner Funktionalität. Der Bau soll etwas Höheres tragen: Eine Idee. Ein Haus mit einer Schlossform und einer Schlossfassade trägt aber zunächst nur eine einzige Idee: die des Nachbaus eines Baus mit einem bestimmten Charakter. Es ist dies nicht der Charakter einer Bürgerkirche (Dresden) oder einer Akademie (Berlin). Es ist der Charakter eines Monarchensitzes. Jede andere Idee, die dieses Haus tragen wird – z.B. die Idee der Demokratie – wird der Grundidee des Nachbaus eines Monarchensitzes untergeordnet sein.²

4. Es handelt sich nicht um ein Plagiat, sondern um einen Neubau.

Eine Kopie kann ein Plagiat *und* ein Neubau sein. Das Problem ist, in welcher Weise ein Architekt – als Schöpfer eines künstlerischen Originals – von vornherein eingeengt wird. Normalerweise deutet ein Architekt beim Schaffen eines Originals den Stadtraum und die Funktion des Gebäudes aus. Dieses Ausdeuten fließt in einen Entwurf. Wenn die Politik den Stadtschlossgrundriss bzw. die Kubatur vorgibt, dann sind diesem Ausdeuten nach außen enge Grenzen gesetzt. Die Funktion darf nur noch in diesen engen Grenzen ausgedeutet werden, und der Stadtraum darf fast überhaupt nicht mehr ausgedeutet werden. Ein Original ist damit nur noch eingeschränkt möglich. Vielleicht kann man es so sagen: Es gehört eine gewisse Phantasielosigkeit dazu, wenn man als Architekt an dieser Stelle nur die Stadtschlosskubatur denken kann.

Der Nachbau als plagatierender Neubau kann kein Kunstwerk mehr sein, sondern wird Kitsch sein, ein Kulturindustrieprodukt ersten Ranges. „Nimmt man Benjamins Bestimmung des traditionellen Kunstwerks durch die Aura, die Gegenwart eines nicht Gegenwärtigen auf, dann ist die Kulturindustrie dadurch definiert, daß sie dem auratischen Prinzip nicht ein Anderes strikt entgegensetzt, sondern die verwesende Aura konserviert, als vernebelnden Dunstkreis.“ [Adorno, Resumee über Kulturindustrie, S.341]

Dieser Versuch, die nicht verwesende, sondern sogar verwesene Aura des zerstörten Schlosses zu konservieren, durchweht die gesamte Debatte um den Schlossnachbau. Er verweist unmittelbar auf die Angst vor moderner architektonischer Kunst und vor demokratischen Entscheidungsprozessen darüber, mittelbar auf eine Verfasstheit, die Orientierung im Gestern sucht, weil ihr eine Orientierung ins Morgen fehlt. Schlüssig passt dazu, dass die Kosten den Morgigen zugeschoben werden.

² Genau damit arbeitet der Nachbau des Braunschweiger Schlosses als Einkaufszentrum. Hier wird die Idee des kommerziellen Kitsches unverstellt umgesetzt.

5. Ein moderner Bau kann sich im derzeitigen politischen Umfeld nicht durchsetzen.

Sicherlich ist es so, dass eine gewisse gesellschaftliche Rat- und Perspektivlosigkeit im politischen Raum einen Hang zu gestrigen Lösungen begünstigt. Ich habe aber die Hoffnung, dass der Gedanke eines Ortes des Populus gemeinsam mit dem Reiz des Ortes auch kraft- und phantasievolle Architekten anlockt. Jedem Teilnehmer am Wettbewerb dürfte dabei klar sein, dass es schwierig wird, dem Geist von Potsdam den Geist der Demokratie entgegenzubauen. Die starke Konkurrenz des Stadtschlossgedankens dürfte aber auch zu starken modernen Entwürfen beitragen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass der mit dem Nachbaugedanken verbundene Antidemokratismus mich betrübt: Im Beirat Potsdamer Mitte (natürlich nicht nur dort) grassiert die Angst vor einer Landtagsbaukommission, die Mittelmaß a la Wilhelmgalerie und IHK-Neubau zum Zuge kommen lässt. Es wird vorausgesetzt, dass nur eine Kommission zustande kommen kann, die das Besondere des Ortes nicht sensibel zu würdigen weiß. Mit dieser Angst versichert man sich gegenseitig, dass ein Schlossnachbau die bessere Lösung sei. Gelegentlich wird auch laut gesagt, dass Monarchen und Diktatoren die besseren Bauherren seien, weil die Dinge aus einem Guss geraten. Mir scheint das bereits mit Blick auf das Spektrum des in Monarchien und Diktaturen Gebauten nicht recht einleuchtend zu sein. Hinzu kommt, dass auch Monarchen und Diktatoren Ort und Funktionalität in den Blick nehmen müssen – notfalls durch Zwangsumsiedlungen und technischen Größenwahn.

Insbesondere scheint es mir aber wenig problematisch, dass Bauten von Demokratien die Vielfalt, den Kompromiss, den Zeitgeist usw. in und an sich tragen. Unsere Gesellschaft lebt genau davon und darin. Mir ist eine gewählte Fehlentscheidung lieber als eine nicht gewählte. Dem Problem des Kompromisses und des Zeitgeistes entkommt ein Nachbau ohnehin nicht. Auch die Konservierung einer verwesenen Aura folgt einem Zeitgeist (nämlich einem, der das Historische verkitscht, es seiner Violdimensionalität beraubt und dem Historischen mit der Respektlosigkeit des Kopisten begegnet) und ist Produkt eines Kompromisses. Fragen Sie mal die Landtagsabgeordneten, wie informiert, wie überzeugt und wie druckbeladen sie ihre Nachbau-Entscheidung getroffen haben.

6. Eine Schlosskopie ist immer noch besser als ein moderner Zweckbau aus Glas, Stahl und Beton.

Es ist auffällig und befremdend, dass Neubauegner Neubauten nur aus diesen drei Materialien denken können und dann auch noch eine Art größeres Autohaus vor Augen haben. Wir sprechen nicht nur über das größte Neubauprojekt des Landes. Wir sprechen über ein Kunstwerk, das hier entstehen soll. „Ausdeutung

des Stadtraumes“ ist nicht nur eine Ausdeutung der vorhandenen Bauformen, Platzformen, Sichtachsen und geographischen Gegebenheiten. Es ist auch ein Umgang mit der Frage nach dem zu verwendenden Material. Ausdeutung des demokratischen Gedankens ist nicht nur die Frage nach der Gestaltung des Plenarsaals. Es ist auch die Ausdeutung von heutigem Arbeitsleben (ob im Büro, im Archiv, in der Pförtnerloge oder in der Cafeteria) und von Kommunikation zwischen Menschen – seien sie nun Volk oder Vertreter.

Es ist zu respektieren, wenn einzelne Architekten diese Ausdeutungen im Korsett einer historischen Fassade vornehmen möchten. Die historische Fassade ist sicherlich eine starke Konkurrenz, falls sich nur unfähige „moderne“ Architekten am Wettbewerb beteiligen sollten. Als einzige Vorgabe ist die historische Bauform aber schlechthin undenkbar.

7. Im Schloss sind 40% für öffentliche Nutzung vorgesehen.

Dies ist leider falsch – und wird mittlerweile auch nicht mal mehr behauptet, (war aber ein starkes Argument der Schlosskopisten). Das Korsett des historischen Grundrisses ist so eng, dass man die Treppenhäuser als „öffentliche Nutzung“ deklariert. Ich bin schon auf die erste Gruppe von Jugendlichen gespannt, die vor dem Büro des Präsidenten ihre Stullenpakete oder Bierflaschen auspackt. Für mich selbst wünsche ich mir aber eher eine Bibliothek mit den Zeitungen dieser Welt, zwei oder drei Kunstgalerien, in denen man auch mal ein Konzert geben kann, einen Kinosaal, in dem ich auch Ausschusssitzungen verfolgen kann, eine Cafeteria im Foyer, einen Wissenschafts- und Tobespielplatz für die Schulklassen, einen angenehmen Fitnessbereich, einen Blumenladen und einen großen Globus. Das Schlosskorsett verbietet allerdings jede urbane Funktion an diesem Ort.

8. Die historische Stadtstruktur – als Produkt genialer Stadtplanung - muss wieder hergestellt werden.

Die vehementesten Vertreter dieser Position verweisen – wenn sie alt genug sind – immer wieder auf Kindheitserinnerungen. Sie wissen aber, dass die Materialisierung von Kindheitserinnerungen und Romantizismus nicht Aufgabe der Gemeinschaft ist. Als Hauptargument für den Nachbau der historischen Stadtstruktur wird denn auch auf die Genialität der Baumeister Potsdams und auf die Sinnigkeit der von ihnen geschaffenen Stadtstruktur verwiesen. Die Verwendung des Geniebegriffs gibt uns nicht nur Hinweise auf das hier manifestierte Gesellschafts- und Menschenbild. (Es gibt Einzelne, deren Tun einer ihnen innewohnenden Begabung entspringt. Diese Begabung ist nicht wirklich zu verstehen und nicht zu hinterfragen, insbesondere argumentativ nicht zu bearbeiten. – Das

kann so weit gehen, dass der Rest dann eben nur noch Fußvolk ist. Militärische Konnotationen sind hier vielleicht kein Zufall.) Der Geniebegriff postuliert auch eine Nichtwiederholbarkeit: So genial wie die von den Genies geschaffene Stadtstruktur kann keine andere Stadtstruktur sein.

Die Haltlosigkeit solchen Denkens erschließt sich vom Menschenbild ausgehend unmittelbar, anthropologisch und soziologisch ist dieser Ansatz tiefgründig dekonstruiert. Der Genieansatz ist aber auch historisch unmittelbar als unsinnig erkennbar: Goldenen Schnitt und Symmetrien kann jeder verstehen. Es gab bzw. gibt viele sinnvoll strukturierte Städte, und die besondere Schönheit Potsdams hat historisch viele Gründe, ein herausstechender ist die besondere Kombination von Nichturwüchsigkeit, Residenzfunktion, finanzieller Situiertheit und Berlinnähe. Ihre besondere Funktion als Residenzstadt hat dabei einen Habitus der Mächtergern-Hauptstadt hervorgebracht, der sich in den historistischen Wiederherstellungsvisionen zu reproduzieren scheint.

9. Die historische Stadtstruktur ist ganzheitlich geplant und muss in ihrer Gänze dem Original möglichst angenähert werden.

Erstaunlich ist die städtebauliche und historisch-inhaltliche Ignoranz des Nachbau-Ansatzes: Die Baumeister Potsdams (und wohl auch die Könige) hatten ihren Blick immer auf der Verbindung von Funktionalität und Schönheit – jedenfalls in den fortschrittlichen Phasen Preußens. Sie hatten immer das jeweilige Heute mit seinen spezifischen Anforderungen im Auge, waren zum Teil innovativ und modern. (Deshalb war auch die Stadtstruktur vom 13.4.1945 – um deren Wiederherstellung es geht – Ergebnis vielfältiger Veränderungen.) Sie wären nie auf die Idee gekommen, die Funktionalität eines Gebäudes dem Unternehmen eines Nachbaus unterzuordnen. Der Gedanke, dass das Vorgestern das Gestern ersetzen soll, ist ihren Nachfolgern vorbehalten. Er zeugt von einem defizitären Selbstkonzept.

Es ist natürlich zu respektieren, wenn viele der heute an Fragen der Stadtentwicklung beteiligten Potsdamer Architekten und Machthaber sich nicht zutrauen, die Stadtstruktur anders besser zu denken als historisch. Die kommunale Gemeinschaft kann sich aber nicht an den professionellen Grenzen ihrer eigenen Mitglieder orientieren. Sie muss also dem fremden Blick gegenüber offen bleiben. Bisher scheint mir dem fremden Blick die eigene Brille aufgezwungen zu werden, indem als Folie von Stadtentwicklung das Historische aufgezwungen wird. Diese Tendenz – wohl treffend als Provinzialismus betitelt – ist umso problematischer, als eine Mehrheit der Bürger (im Gegensatz zum politisch entscheidenden Feld) nicht in einem musealen Gebilde leben zu wollen scheint, sondern anderen Wegen der Strukturentwicklung offen gegenüber steht, wenn sie die Lebensqualität der Stadt erhöhen.

10. Die DDR konnte den Stadtraum nie füllen.

Das ist ein stadtsoziologisch interessanter Faktor, insbesondere da in den 70er Jahren ja begonnen wurde, den Stadtraum wieder zu erschließen. Es entstand ein wertvolles architektonisches Ensemble, das Staudenhof-Ensemble (Bibliothek, Fachhochschule, Wohnhaus). Dieses Werk spricht eine eigene architektonische Sprache, ohne gegenüber der Nikolaikirche aufzutumpfen. Es erzählt uns etwas über den Optimismus des Sozialismus in den Siebzigern. Wir sollten es in seiner architektonischen Authentizität respektieren – und nicht abreißen und zubauen, wie es die Stadtschlossplanungen erzwingen.

Die Unfähigkeit der DDR, den Stadtraum zu füllen, erzwingt aber noch keinen Schlossnachbau. Sie erzählt lediglich etwas über die DDR und über das Sein des Architekten in ihr. Bezogen auf die Zwangsläufigkeit eines Schlossnachbaus handelt es sich um ein Scheinargument.

11. Das Fachhochschulgebäude ist hässlich und muss weg.

Die Frage der Hässlichkeit ist ausgesprochen subjektiv und kann nicht Entscheidungspunkt für Stadtentwicklung sein. Ich persönlich finde zum Beispiel das Potsdamer Stadthaus als hässlich und bedrückend. Soll man es deshalb abreißen?

Da sich über Geschmack kaum streiten lässt, hat die Menschheit die Ästhetik hervorgebracht. Sie soll uns helfen, weniger subjektive Kriterien zu entwickeln und zu nutzen, um Fragen von Schönheit und Hässlichkeit überhaupt diskutierbar zu machen. Das Fachhochschulgebäude bzw. das gesamte Staudenhofensemble folgt solchen ästhetischen Kriterien: Es spricht eine eigene Sprache, es strukturiert und rhythmisiert den Stadtraum. Gleichwohl trumpft es nicht auf gegenüber der Nikolaikirche, sondern ordnet sich ihr unter, obwohl es deutlich eigene Akzente setzt. So soll Architektur arbeiten. Dem Fachhochschulgebäude fehlt dabei offensichtlich der Nachbar, der den Alten Markt wieder zum Platz werden lässt. Die Stadtschlosskubatur ragt optisch in das Gebäude hinein (der Abstand wäre 8,10 Meter, bei den Planungen wurde das nie genau festgestellt bzw. offen dargestellt, die vorgelegten Graphiken verschleierte das Problem). Die Kollision würde eine städtebaulich konfrontative Situation schaffen – man muss eine bewusste Entscheidung dazu treffen, ob man das möchte, man kann das ja durchaus für interessant halten.

Der Beirat Potsdamer Mitte in seiner legendären Sensibilität für die Autonomie von Kunstwerken wollte deshalb zunächst ein Stück des Fachhochschulgebäudes abschneiden lassen und das Ensemble ansonsten zumauern lassen, indem an der Friedrich-Ebert-Straße Häuser in der historischen Flucht davorgestellt werden. Alternativ sollte alles abgerissen und – natürlich – eine Einkaufspassage

hingebaut werden. Zuletzt wurden mit dem Masterplan eher Wohnungen daraus. In der Zwischenzeit haben Stadt und Land mit der Fachhochschule und dem Exploratorium auch die letzten urbanen Nutzer weggeekelt, so dass nun das Argument folgen kann, dass ja ohnehin keine Nutzung mehr erfolgt.

Abgesehen von der sehr unterschiedlichen Wahrnehmung der Schönheit des Fachhochschulgebäudes wird die Fassade seit Jahren vernachlässigt, bereits ein Anstrich, erst recht eine Fassadensanierung wird unsere Wahrnehmung stark verändern. In jedem Fall handelt es sich um ein erhaltenswertes Kulturdenkmal. Der Verbleib der FH ist urban sinnvoll und finanziell sinnvoll – schließlich muss auf diese Weise kein Ersatzbau gebaut werden.

12. Der Nachbau der Stadtschlosskubatur folgt einer Logik der Zerstörung der materialen Spuren des Sozialismus.

Man erkennt das unter anderem im kontrastierenden Gedankenexperiment: Keine westdeutsche Stadt – nicht mal Braunschweig mit seinem Schlossnachbau als Einkaufszentrum – würde Fehler der Nachkriegsstadtentwicklung beseitigen wollen, indem sie die Wiederherstellung der Struktur von 1945 beschließt. Veränderungen der Stadtstruktur würden immer das Vorhandene zum Ausgangspunkt nehmen und mit einer Vision städtischen Lebens verbinden. Erst recht würde keine andere Stadt wertvolle architektonische Ensembles (wie das Ensemble um den Staudenhof) zerstören, um die Struktur des Gestern durch die Struktur des Vorgestern zu ersetzen.

Gerade ein brandenburgischer Landtag kann nicht gekoppelt sein mit der bewussten Zerstörung der Spuren sozialistischer Stadtentwicklung: Diese Zerstörung wäre lediglich eine Reproduktion der Logik der Zerstörung der Symbole des jeweils letzten Mächtigen bzw. Gestürzten. Anders gesagt: Herr Platzeck sollte sich vor Augen halten, wie nah sein Denken an dem von Herrn Ulbricht ist.

13. Das Stadtschloss als Ort des Toleranzedikts muss als identitätsstiftendes Gebäude wiedererrichtet werden.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg unterzeichnete am 29.10.1685 im Potsdamer Stadtschloss das Toleranzedikt. In den 260 Jahren danach scheint dort wenig Identitätsstiftendes passiert zu sein – sonst läge es bestimmt als Nachbauargument auf dem Tisch. Man kann sicherlich mit Recht behaupten, dass das Stadtschloss recht kurzzeitig Mittelpunkt des politischen Geschehens war, ansonsten eher ein „Nebenschloss“. Das Argument des Toleranzedikts ist aber doppelt seltsam:

Zum einen geht es nicht um den Nachbau jenes Schlosses, in welchem das Toleranzedikt unterzeichnet wurde. Es geht um ein Schloss, welches erst 1744-1753 entstand, nämlich um den Knobelsdorfschen Stadtschlossbau.

Zum anderen klemmt die Identitätsargumentation in sich: Ein einziger historischer Akt erzeugt nur dann ein Nachbauargument, wenn er *der* Kernakt der Identitätsstiftung einer Gruppe ist. Es scheint mir aber ein Phänomen vorrangig der letzten 15 Jahre zu sein, eine Brandenburg-Preußische Identität ausgerechnet an das Toleranzedikt zu heften³. Außerhalb dieser landespolitischen Konstruktionen kann man – stark vergrößert – eine preußische Identität in zwei kontrastierenden Linien ausmachen: Die unaufgeklärt monarchistische, deutlich militaristisch geprägte Linie, die im späten Preußen extrem reaktionäre Züge annahm, und die Aufklärungslinie mit moderner Orientierung, Kunst, Philosophie, Wissenschaft. Preußische Identität – wesentlich auch das Leiden an der Gleichzeitigkeit beider Linien – materialisiert sich also eher in einem Gang durch den Park Sanssouci. Einem Landtagsneubau ist zudem zu wünschen, dass er diese Leidensidentität befragt statt sie einfach zu reproduzieren.

14. Sponsoren wollen den Schlossnachbau.

Das scheint mir das lächerlichste aller Argumente zu sein. Der Verein Potsdamer Stadtschloss will gemeinsam mit dem Potsdamer Oberbürgermeister „30 Millionen Euro bei den Bürgern locker machen: Wenn 75000 Menschen einmal 400 Euro spenden, ergäben das 30 Millionen für die Schmuckelemente des Schlosses.“ Es gebe aber „eine Reihe von Investoren, die wesentliche Teile des Schlosses finanzieren wollen, es aber nur tun, wenn das ganze Schloss neu errichtet wird.“ (MAZ 24.3.2005)

Diese – mit Verlaub: absurden – Rechnungen und Andeutungen verweisen nicht nur auf einen problematischen Umgang mit dem Realen. Sie ignorieren die kulturelle Bedeutung eines Parlamentsgebäudes und verweisen es auf das Niveau eines Schützenhauses. Es ist sicherlich kein Zufall, dass hier unverhüllt eine grundlegende parlamentarische Entscheidung auf wohlwollendes Verhalten gegenüber Sponsoren ausgerichtet werden sollte. Hier materialisiert sich eine Kultur der politischen Einflussnahme, die uns alarmieren muss, insbesondere wenn der Potsdamer Oberbürgermeister sich ihr hingibt.

³ In dem Edikt ging es übrigens lediglich um religiöse Toleranz, nicht etwa um politische. Das wird in den heutigen Sonntagsreden gern vermischt. Selbst die religiöse Toleranz der Preußen lässt sich lediglich als Vorläufer der uns heute selbstverständlich erscheinenden Glaubensfreiheit ansehen.

15. Der Standort benötigt eine Neuordnung der Verkehrsflächen

Der Bereich am Alten Markt ist von der Idee der „autogerechten Stadt“ – in ihrer abgespeckten DDR-Version – geprägt. Eine Neuordnung der Verkehrsflächen erscheint sinnvoll, insbesondere um die räumlich ausufernde Situation für Fußgänger und Radfahrer zu erleichtern. Dies ist im Rahmen einer Neubebauung mitzudenken und unproblematisch: Ein Neubau kann bis an die heutige Breite Straße reichen, der Fußgänger- und Radfahrerverkehr muss ohnehin während der Bauarbeiten über den Alten Markt umgeleitet werden. Wenn die Straße dann alt genug für eine verantwortbare Erneuerung ist, kann sie schmaler gemacht werden. Die Friedrich-Ebert-Straße kann in Fahrtrichtung Platz der Einheit problemlos auf eine (eventuell Bus-) Spur verengt werden, so dass auch dort gebaut werden kann.

Wenig schlüssig erscheint hingegen eine Rückkehr zur Stadtschlossgrundrissstruktur: Hier wird eine absonderliche Wegeführung mit „Schlenkern“ erzeugt. Das liegt daran, dass keine ganzheitliche Entwicklung von Bau und Straßenführung erfolgt, sondern dass die Bearbeitung der heutigen Verkehrserfordernisse dem Diktum des Grundrisses untergeordnet wird. Dabei wird ignoriert, dass die Lange Brücke früher anders lag, dass die Straßenbahn anders fuhr, dass es keine Radwege gab und dass der Autoverkehr nur einspurig verlief bzw. nicht dort war. Unter den heutigen Bedingungen ist es sinnvoll, den Stadtschlossgrundriss auf Seiten der Langen Brücke/Breiten Straße zu „kürzen“, das neue Gebäude in Richtung Mercure also nicht so weit zu ziehen wie das Stadtschloss.

16. Der Nachbau des Stadtschlossgrundrisses erzwingt neue Straßen und lenkt Verkehr zwingend durch Wohngebiete.

Mit dem Stadtschlossgrundriss wird eine erhebliche Änderung der Verkehrsströme in Potsdam erzwungen. Ein faktischer Zwang zu Straßenneubau an anderen Stellen wird erzeugt – allerdings ohne das offen zu legen⁴. Dies führt nicht

⁴ Es gibt eine wenig glaubhafte Modellrechnung, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Breite Straße, die Dortustraße und die Yorkstraße den Verkehr in der Friedrich-Ebert-Straße mit aufnehmen können. Mir wurde bisher seitens des Sanierungsträgers allerdings die Einsicht in die Modellrechnung verweigert, so dass ich hier noch nicht in Einzelheiten argumentieren kann. (Die einfachste Variante wäre ohnehin, die geplanten Verkehrsführungen bereits jetzt praktisch auszuprobieren, was problemlos möglich ist: Man könnte – ausschließlich mit Beschilderungskosten – die Breite Straße auf die geplanten zwei Spuren verengen, die Friedrich-Ebert Straße sperren bzw. auf eine Spur verengen und in der Yorkstraße das Halten verbieten. Das wäre die Situation, die mit hohen Umbaukosten hergestellt werden soll.)

Das Verkehrsproblem ist auch ansonsten Quell für viele Märchen – nicht nur für die Behauptung der Potsdamer Grünen, man könne das Stadtschloss ohne ISES oder Havelspanne haben: So hat das Beiratsmitglied Prof. Herbert Staadt hat die Falschmeldung in die Welt gesetzt, die Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Breite Straße sei eine „Massenunfallhäufungsstelle“ (vergleiche Protokolle Beirat Potsdamer Mitte vom 1.2., 1.3. und 5.7.2005). Mit 50 Unfällen im Zeitraum 1999-2004 ist die Kreuzung kein Unfallschwerpunkt – sie war es letztmals 1997/98, damals wurden unfallvermeidende Maßnahmen erfolgreich ergriffen. Staadt hat ein (mittlerweile nahezu kostenfrei gelöstes) Problem an der Kreuzung Lange Brücke/Friedrich-List-Straße („Meyer-Ohr“) zum Anlass genommen, den Beirat Potsdamer Mitte und offenbar auch die Stadtverordneten (vgl. Drucksache 05/SVV/0090) zum Umbau der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Breite Straße zu bewegen. Auch der Oberbürgermeister hat mitt-

nur zu erheblichen finanziellen Belastungen für die öffentliche Hand (30 bis 35 Millionen Euro der Gesamterschließungskosten von 45 Millionen Euro entfallen auf das Verkehrsproblem), sondern birgt hohes Konfliktpotential:

Wer in der Breiten Straße oder der Zeppelinstraße wohnt, hat vor seinem Einzug eine Abwägung der Vor- und Nachteile des Wohnens an einer Hauptverkehrsader vorgenommen. Er oder sie hat sich entschieden, an die Hauptverkehrsader zu ziehen, weil Vorteile die Nachteile aufwogen. Wer in einem Wohngebiet wohnt, an dem eine neue Straße gebaut wird, hat eine solche Entscheidung nicht getroffen. Deshalb erscheint es sinnvoll, den Verkehr möglichst dort zu belassen, wo er ist.

Die Verlagerung von Hauptverkehrsadern in bestehende Wohngebiete sollte also nur bei Unabdingbarkeit erwogen werden. In Potsdam ist die Verkehrssituation – relativ für eine Stadt dieser Größe – zufriedenstellend, da sich der Verkehr in Potsdam nur über kurze und in vorhersehbaren Zeiträumen staut. Lediglich ein Festhalten am Stadtschlossgrundriss erzwingt Straßenneubau an der ISES oder der Havelspange.

lerweile bestätigt, dass die Stadtverordnetenversammlung hier aufgrund von Falschmeldungen agiert hat (Antwort auf Große Anfrage der Fraktion „Die Andere“, Stvv.-Sitzung 4.5.2005).